Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halver, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bhf., Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld u. s. w.

Druck und Verlag: Wilh. Bell jr., Halver. Fernsprecher Nr. 42 Amt Halver. Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver.

Nr. 139 | — Erscheint wöchentlich 6 mal. — Bezugspreis freibleibend | Halver Sonntag, den 15. Juni 1924 | Anzeigenpreis für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Goldpf. für Behörden, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfg. — Reklame 40 Goldpfg. — Offertgebühren 10 Goldpfg. und Porto. | 24. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Frage der Auslandsreisegebühr wird in nächster Woche vom Reichskabinett besprochen werden.

* Durch Eingreifen des Reichskanzlers und der gewerkschaftlichen Spitzenverbände soll eine Einigung versucht werden, um den drohenden Eisenbahnerstreik abzuwenden.

* Der Evangelische Oberkirchenrat in Preußen hat in einem Erlaß die Anwendung der dritten Steuernotverordnung auf kirchliche Schulden auf Grund sittlicher Erwägungen abgelehnt.

* Im Befinden des verwundeten österreichischen Bundeskanzlers Dr. Seipel ist eine Besserung zu verzeichnen.

Immer wieder die Micumverträge.

Nun haben wieder die Verhandlungen über die Micumverträge begonnen, hat wieder die deutsche Regierung in Paris und Brüssel erklären lassen, daß die Weiterlieferung und Weiterbezahlung in den bisherigen Ausmaßen eine Unmöglichkeit ist, daß diese Sonderabmachungen Frankreich-Belgiens mit der deutschen Rhein-Ruhrindustrie ersetzt werden müssen durch Lieferungsverträge von Staat zu Staat. Mit dem Hinweis auf die derzeitige innerpolitische Krise in Frankreich ist die Beantwortung der deutschen Anfrage verschoben worden; ebenso sind die Verhandlungen der deutschen Sechserkommission mit der Micum in Düsseldorf bisher völlig ergebnislos verlaufen, da die Micum die einfache Verlängerung der Verträge bis zur anderweitigen Regelung auf Grund des Sachverständigenberichts will, die Deutschen aber schon jetzt eine Umstellung auf den Boden dieses Berichtes fordern, der bekanntlich jede Art von Reparationsleistungen sachlicher oder finanzieller Art für das Jahr 1924/25 ablehnt, abgesehen von 200 Millionen Mark aus der Verkehrssteuer. Die deutsche Regierung hat nun vorgeschlagen, mit diesen 200 Millionen etwaige Sachlieferungen zu finanzieren; die Antwort darauf steht noch aus, aber man muß schon jetzt mit einer Ablehnung des deutschen Ersuchens rechnen, da ja niemand weiß, wann die Vorschläge des Sachverständigengutachtens wirklich durchgeführt werden. Der vermutliche französische Ministerpräsident Herriot wird den Beweis liefern müssen, ob er seinen schönen, aber unverbindlichen Worten Deutschland gegenüber auch die Tat folgen zu lassen entschlossen ist.

Namentlich der Ruhrbergbau ist fürchterlich verschuldet. Es ist von sachverständiger Seite festgestellt worden, daß er seit Bestehen der Micumverträge eine Schuldenlast von mindestens 500 Millionen Goldmark auf sich genommen hat; und auf der Einnahmeseite sieht er sich den allergrößten, tatsächlich unüberwindlichen Absatzschwierigkeiten gegenüber. Der fast vierwöchige Bergarbeiterstreik hat ein Übriges getan. Beispielsweise erfordert jede Tonne Kohle, die in den staatlichen Gruben gefördert wird, zurzeit einen Zuschuß von über 5 Goldmark. Vom November 1923 bis Ende 1924 ist dort mit einem Mindestdefizit von etwa 30 Millionen zu rechnen, vorausgesetzt, daß sich die Verhältnisse noch erheblich bessern. Seit Wiederaufnahme des Betriebes im November 1923 haben alle, aber auch alle Werke des besetzten Gebietes mit sehr schweren finanziellen Verlusten gearbeitet, daß jetzt selbst den größten unter ihnen die Luft ausgeht. Sogar der Stinneskonzern, auch Krupp, haben ihre Betriebe stark eingeschränkt, nachdem sie ihren Devisen- und vermutlich ihren Effektenbesitz realisiert haben. Beispielsweise hat Krupp ein Paket von 11 Millionen Mark Phönixaktien verkaufen müssen.

Die Lage ist jetzt die, daß die kleinen und mittleren Werke einfach nicht mehr die notwendigen Mittel zum Rohstoffeinkauf haben, und daß es auch den großen nicht viel besser geht, Kredit aber entweder gar nicht oder höchstens zu den rigorosesten Bedingungen zu haben ist. Die im Betrage von mehreren 100 Millionen Goldmark aufgenommenen kurzfristigen aber hochverzinslichen Auslandskredite abzudecken, besteht nicht die geringste Aussicht, da Verkaufsmöglichkeiten für die Kohle, die mit 40 % des Preises zugunsten der Micum belastet ist, nicht mehr vorhanden sind. Ebenso geht es mit dem Absatz der Eisen- und Stahlfabrikate, deren Preis ja wesentlich durch den Kohlenpreis bestimmt wird, während auf der Angebotseite eine Weltüberproduktion der Eisenindustrie gegenüber der Vorkriegszeit besteht. Unser Ausfuhrüberschuß von 1913 in Höhe von fast 500 000 % für diese Erzeugnisse hat sich schon im Dezember 1923 in einen Einfuhrüberschuß von 76 000 Tonnen verwandelt. Bezeichnenderweise kann man sämtliche Aktien der 14 von der Berliner Börse gehandelten schwerindustriellen Werke Rheinland-Westfalens für die Summe von 700 Millionen Goldmark kaufen, also einem Betrage, der ungefähr einer Reparations-Jahresleistung an Kohle allein entspricht.

Was werden soll, wenn Frankreich unnachgiebig bleibt, weiß kein Mensch; leider hat sich die weitere Öffentlichkeit mit diesen Dingen auch viel zu wenig beschäftigt. Die bevorstehenden Riesenentlassungen in der deutschen Kaliindustrie sind kein Wetterleuchten mehr, sind vielmehr der erste Blitzstrahl. Wir stehen mitten drin im Ungewitter.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Die Zukunft der Reichsbahn.

Nach Auffassung der Regierungskreise wird die Frage, ob die Gesetzentwürfe zur Durchführung des Sachverständigengutachtens in bezug auf die Reichsbahn verfassungsändernden Charakter tragen, davon abhängen, welche Forderungen die Reparationskommission stellen wird. Vor allem müsse man abwarten, ob die Eisenbahn in reichseigener Verwaltung bleiben soll. Wenn dieser Punkt in den Gesetzentwürfen nicht berührt wird, so wird nach Auffassung der erwähnten Stellen eine Verfassungsänderung voraussichtlich nicht in Betracht kommen.

Keine Änderung der Reichsbankpolitik.

Auf Einladung des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller sprach Reichsbankdirektor Dreyse vor den Mitgliedern des Vereins über die Kreditpolitik der Reichsbank. Es wurde wiederum und mit Nachdruck betont, daß eine Erweiterung der Kredite an die Wirtschaft im Interesse der Aufrechterhaltung der Währung zurzeit nicht in Frage kommen kann. In der darauf folgenden Diskussion wurden die Nöte der einzelnen Wirtschaftszweige vorgetragen. Die Versammelten waren aber darin mit der Reichsbank einig, daß im Prinzip ihre Kredit- und Währungspolitik richtig und aufrechtzuerhalten sei.

Verkleinerung der Reichstagswahlkreise.

Das Reichskabinett genehmigte den Entwurf zu einer Abänderung des Reichswahlgesetzes. Der Beschluß geht dahin, den bereits früher genehmigten Entwurf einer Novelle zum Reichswahlgesetz (Wahlreformnovelle), welche die Bildung kleinerer Wahlkreise vorsieht, nunmehr beim Reichsrat einzubringen. Die Novelle sieht außerdem vor, daß die Parteien sich an den Kosten des Stimmzettels beteiligen, um so mißbräuchliche Ausnutzung des amtlichen Einheitsstimmzettels bei künftigen Wahlen auszuschalten.

Verbotene Einreise ins Rheinland.

Die Besatzungsbehörde hat die Einreiseerlaubnis für den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Fuchs, zur bevorstehenden Tagung des Rheinischen Provinziallandtages nicht erteilt. Die Einreiseerlaubnis für den Reichsminister des Innern, Dr. Jarres, des Präsidenten des Provinziallandtages wurde eingezogen. Danach dürfte die Tagung des Rheinischen Provinziallandtages wieder in Barmen stattfinden.

Belgischer Straferlaß für deutsche Verurteilte.

Die belgische Besatzungsbehörde in Duisburg teilt mit, daß die Strafen, die infolge des passiven Widerstandes verhängt worden sind, erlassen sind. Fünfzig deutsche Staatsangehörige, die dieserhalb verurteilt worden waren, sind auf Anordnung der belgischen Besatzungsbehörde begnadigt worden.

Pläne auf Erhöhung der Mieten.

Im ständigen Ausschuß des preußischen Landtages fand eine Beratung über den Entwurf der zweiten preußischen Steuernotverordnung statt, durch die die Mittel für die Besoldungserhöhungen der preußischen Beamten aufgebracht werden sollen. Es wurden von der Regierung als Einnahmequellen vorgeschlagen: Erhöhung der Hauszinssteuer um 50 %, Kürzung der Provinzialdotationen, anderweitige Verteilung der Volksschullasten. Der Staat will dadurch im ganzen 226 Millionen Goldmark gewinnen. Es würde bei Annahme des Planes die Miete auf 59 % der Friedensmiete zu erwarten sein. Außerdem soll den Gemeinden das Recht zustehen, einen Zuschlag zur Hauszinssteuer bis zu 100 % (4 % der Friedensmiete) zu erheben. Die Erhöhung soll am 1. Juli in Kraft treten. Fast alle Parteien äußerten schwere Bedenken, und es wurde betont, daß eine Erhöhung der Mieten zur Erhöhung der Löhne, zur Verteuerung der Wirtschaftsführung und zur Gefahr einer neuen Inflation führe. Zu einem Beschluß kam es einstweilen nicht.

Italien.

× **Entführung eines Abgeordneten.** Der sozialistische Abgeordnete Matteotti, einer der Führer der Opposition in der italienischen Kammer, ist seit Dienstag verschwunden. Er soll in einem Auto gewaltsam von Faszisten entführt worden sein. Man befürchtet eine Schreckenstat. In der Kammer erklärte Mussolini, er teile die Besorgnis über das Schicksal des Verschwundenen. Die näheren Umstände seines Verschwindens ließen schon jetzt die Vermutung gerechtfertigt erscheinen, daß es sich um ein Verbrechen handele. Ein solches Verbrechen würde von seiten der Regierung und der Kammer aufs schärfste verdammt werden. In der Kammer entstand großer Tumult, als der Republikaner Cesaro zu den Regierungsbänken das Wort „Mitschuldig" hinüberrief.

Aus In- und Ausland.

Basel. Zwischen der schweizerischen Gesandtschaft in Berlin und der deutschen Regierung sind gegenwärtig Verhandlungen statt über die gänzliche oder teilweise Aufhebung der gegenseitigen Einfuhrbeschränkungen.

Newyork. Der Vorsitzende des Sachverständigenausschusses für das Reparationsproblem, Dawes, ist zum Kandidaten für die Vizepräsidentschaft von den Republikanern benannt worden.

Was uns der Versailler Vertrag kostet.

460,5 Millionen Goldmark seit 1. Oktober 1923

Zur Durchführung des Vertrages von Versailles sind seit der Umstellung des Reichshaushalts auf Goldmark, d. h. seit dem 1. Oktober v. J. bis 31. März d. J. die folgenden Ausgaben in Goldmark gemacht worden: Kohlen, Koks und Nebenprodukte 11 893 917, Farbstoffe und chemisch-pharmazeutische Erzeugnisse 4 273 588, aus Anlaß der Ablieferung von Vieh 10 970, Wiederaufbauleistungen 24 815 264, aus Anlaß der Ablieferung von Schiffen 6 911 898, englische Sanktionsabgabe 12 702 338, Ausgleichsverfahren 1 125 204, Besatzungskosten 313 473 856, Interalliierte Kommission 6 726 809, Leistungen außerhalb der Reparationen 8 390 865, innere Abgaben aus Anlaß der Durchführung des Friedensvertrages (Verdrängungsschäden usw.) 57 936 502, Verschiedenes (Sanktionskosten Düsseldorf-Ruhrort usw.) 12 207 505, zusammen 460 468 716 Goldmark.

Die Wahl in Versailles.

Paris, 13. Juni.

Bei der heutigen Präsidentenwahl in Versailles wurde der bisherige Senatspräsident Gaston Doumergue im ersten Wahlgang gewählt.

In den letzten Stunden vor der Wahl hatte die Rivalität zwischen dem entschieden radikalen Kandidaten Painlevé und dem zu gemäßigten Anschauungen neigenden Senatspräsidenten Gaston Doumergue noch zu zahlreichen Beratungen und Intrigen der Parteien Anlaß gegeben. Die bei den Wahlen unterlegenen Rechtsparteien bekundeten die Absicht, Doumergue zu unterstützen, um so die Wahl des ihnen besonders unangenehmen Paul Painlevé zu vereiteln. Diese Absicht ist ihnen, wie vorstehendes Telegramm zeigt, gelungen.

*

Gaston Doumergue.



Doumergue, ist am 1. August 1863 in Aigues-Vives geboren und Protestant. Er begann seine politische Tätigkeit als Kolonialbeamter und war lange Zeit in Cochinchina. 1902 wurde er als Deputierter des Departements Garde in die Kammer gewählt. Doumergue war oft Minister. Er hat die Ministerien des Handels, der Kolonien, des Unterrichts und der schönen Künste verwaltet und war 1914 Ministerpräsident, bis Viviani dieses Amt erhielt. Während der letzten Jahre des Krieges wurde Doumergue in politischer Mission nach Petrograd entsandt. 1922 wählte ihn nach Rücktritt von Léon Bourgeois der Senat zum Vorsitzenden. Doumergue war im Gegensatz zu Painlevé seit dem Abschluß seiner Beamtenlaufbahn nur Politiker und wegen seiner persönlichen Liebenswürdigkeit und seines gesunden Menschenverstandes auch von den Gegnern gelobt. Er hat in den letzten Jahren wiederholt politische Reden gehalten, die sich gegen Poincarés Politik richteten. Er gilt als überzeugter Republikaner.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Schiedsspruch im Brauerstreik.) **Nach mehrstündigen Verhandlungen hat das zwischen den Parteien vereinbarte Schiedsgericht einstimmig einen Schiedsspruch gefällt. Dieser setzt die Wochenlöhne mit Wirkung vom 1. Juni bis Ende Juli 1924 wie folgt fest: Gelernte 36, Fahrpersonal 32,50, Ungelernte 31,50 Mark. Die Parteien haben sich sofort über Annahme oder Ablehnung zu entscheiden.**

Die Krise im Eisenbahnbetriebe.

Einigungsversuche.

Berlin, 13. Juni.

In Berlin traten die Spitzenorganisationen der Eisenbahner mit den Vertretern der gewerkschaftlichen Spitzenverbände (Gewerkschaftsring, freie Gewerkschaften, christliche Gewerkschaften) zu einer gemeinsamen Beratung zusammen. In den Darlegungen der Führer der Eisenbahnergewerkschaften wurde hervorgehoben, daß angesichts der außerordentlich starken Unzufriedenheit und Gärung in der Arbeiterschaft wie auch in der Beamtenschaft der unteren Besoldungsgruppen im Reichsbahnbetrieb der Konflikt mit der Reichsverkehrsverwaltung seinen Höhepunkt erreicht hat und nur eine sofortige Klärung der Lage den Ausbruch eines Streikes verhindern kann. Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände erklärten sich auf Grund des Ernstes der Sachlage und wegen der schweren Erschütterungen, die ein Eisenbahnerstreik für das gesamte Wirtschaftsleben auslösen muß, einmütig bereit, einen sofortigen Vermittlungsschritt beim Reichskanzler zu unternehmen. Der Reichskanzler wird Sonnabend morgen die Vertreter der Spitzenverbände zur Beratung der Lage empfangen. An der Sitzung werden außer den beteiligten Ressortministern der Eisenbahn und der Finanzen auch der Reichsarbeits- und der Reichswirtschaftsminister teilnehmen.

Konferenz Herriot—Macdonald.

Die deutsche Frage.

In London erwartet man bestimmt für die nächste Woche den Besuch des kommenden französischen Ministerpräsidenten Herriot bei Macdonald. Die Konferenz mit Macdonald soll in Chequers stattfinden. Das Programm der Aussprache, das einen vorbereitenden Charakter haben werde, enthalte folgende Punkte:

1. Notwendigkeit der Amnestie deutscher politischer Gefangener, Rückkehr der Ausgewiesenen usw., 2. der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, und zwar schon bei der nächsten Vollsitzung, und die Frage, ob Deutschland einen Sitz im Völkerbundsrat erhalten soll; 3. die wirtschaftliche Räumung der Ruhr und die Rückgabe der Eisenbahnen; 4. die Frage, wie weit die militärische Kontrolle beibehalten werden dürfe; 5. die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens, falls Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt; 6. die interalliierten Schulden; 7. die Sicherheiten.

Die französische Linke, als deren Sprecher Herriot zu betrachten ist, soll die Auffassung vertreten, daß eine Lösung der Sicherheitsfrage am besten durch eine dauernde Ent-

militarisierung einer 50 Kilometer-Zone auf dem rechten Rheinufer herbeigeführt werden könnte. Dieses Gebiet wäre zu diesem Zweck einer besonderen Aufsicht des Völkerbundes zu unterstellen.

Zurück aus St. Martin de Ré.

Rhein- und Ruhrgefangene.

Die seit geraumer Zeit schwebenden diplomatischen Verhandlungen über das Schicksal der in französischen Strafanstalten, insbesondere in Saint Martin de Ré, festgehaltenen 42 Rhein-Ruhr-Gefangenen haben zu dem vorläufigen Ergebnis geführt, daß zunächst einmal, und zwar noch im Laufe der Woche, diese Gefangenen in Gefängnisse des besetzten Gebietes zurückgebracht werden. Gleichzeitig werden sechs wegen politischer Delikte verurteilte Franzosen aus deutschen Gefängnissen entlassen werden.

Es ist zu hoffen, daß diese Maßnahmen die Einleitung der endgültigen Befreiung aller Rhein-Ruhr-Gefangenen bilden werden. Und die weitere Erwartung muß auf die Rückkehr aller von den Franzosen vertriebenen Deutschen von Rhein und Ruhr in ihre Heimat gerichtet sein.

Sozialdemokratischer Parteitag.

Berlin, 13. Juni.

Nach der Beendigung der Rede Hermann Müllers über die Fraktionspolitik kam die Opposition zu Worte. Ein beabsichtigter Antrag ging dahin, den

Reichspräsidenten Ebert aus der Partei auszuschließen.

Ein anderer Antrag forderte den Rücktritt des Reichspräsidenten und ein dritter ersuchte den Parteitag, einen neuen Kandidaten für den Posten des Reichstagspräsidenten zu erwählen. Es wurde versucht, diese Anträge wieder vorzubringen, obwohl sie schon einmal zurückgewiesen waren. Auch heute gelingt ihre Zulassung nicht.

Dißmann-Stuttgart erklärte: Wir haben die Politik der Koalition mit der Bourgeoisie bekämpft, und nach meiner Meinung hätten wir lieber das Proletariat aufrufen sollen. Toni Senders führt aus: Die Ziele der Mehrheit sind trotz der Koalition nicht erreicht worden. Wir haben den Achtstundentag nicht retten können. Die Justiz arbeitet schändlicher als zuvor. Wir haben schwere Opfer an Ansehen der Partei beim Proletariat gebracht durch die Zugeständnisse, die wir machten. Festgestellt wurde, daß am Parteitage 400 Delegierte teilnahmen.

Über die Reichswehr

sprach Aufhäuser-Berlin. Er forderte die Reichstagsfraktion auf, 1. der gegenwärtigen Reichswehr unter Führung monarchistischer Offiziere alle in den Etat eingestellten Mittel zu versagen, 2. jeder Regierung, die die vollziehende Gewalt der Reichswehr in ihrer gegenwärtigen Struktur überläßt, das Vertrauen zu versagen und 3. nur einer Regierung das Vertrauen auszusprechen, die die Demokratisierung der Reichswehr proklamiere. Den Antrag auf Ausschluß Eberts bekämpfte Scheidemann in temperamentvoller Weise und meinte unter langem Beifall der Mehrheit, ob die Parteigenossen, die den Antrag eingebracht hätten, denn gar kein Schamgefühl mehr besäßen und keine Empfindung dafür, wie sie die Partei vor der ganzen Welt blamierten. Die Republik müsse verteidigt werden von den Massen, und Teilnahme an der Regierung sei eine Schanze im Kampfe für die Republik gewesen, eine Schanze, die wir halten mußten und müssen. Wenn man sich in wichtigen Fragen verständigen könne, dann müsse man auch in Zukunft an der Regierung teilnehmen. Sei es nicht unerhört, daß auch jetzt bei der Regierungsbildung die Mittelparteien sich hingesetzt und gekuhhandelt hätten, als ob es überhaupt keine Sozialdemokraten gäbe!

Die Lage des Saargebiets behandelte heute Toni Senders. Die Bevölkerung gedenke nach 11 Jahren wieder zu Deutschland zurückzukehren, und zwar in eine wohlausgebaute Republik. Die Saar sei ein unlösbarer Teil Deutschlands. Sollmann-Köln erinnerte bei der Polemik gegen die Opposition daran, daß der Ruhrkampf von der gesammten Internationale gebilligt worden sei. Wir brauchen uns des Ruhrunternehmens, soweit es von uns geführt wurde, nicht zu schämen. Ohne diesen Widerstand regierte auch heute noch in Frankreich der Nationale Block, Poincaré und Millerand. Heiniz-Berlin sagt, wenn dem Parteivorstand ein Vorwurf zu machen sei, so sei es der, daß die Sozialdemokratische Partei nach nicht den Einfluß hat, den sie auf Grund der letzten Wahlen eigentlich haben müßte. Nach dieser Richtung positiv zu arbeiten, darauf komme es an.

Es ist ein Antrag Bernstein eingelaufen, der wünscht, daß der Parteivorstand die Äußerungen der übrigen politischen Parteien über das Sachverständigengutachten im Wahlkampf herausgibt, damit eine Kontrolle möglich ist, wie die Parteien sich vor und nach der Wahl dazu gestellt haben.

Dr. Kies-Jena führt aus, bei aller Schärfe des Kampfes müßten die Sozialdemokraten es vermeiden, Antibolschewisten zu werden. Wir haben nicht eine Antikommunistenpolitik, wir haben eine Arbeiterpolitik zu treiben. Dann werden wir am besten auch eine wirklich gegen die Kommunisten gerichtete Politik treiben.

Schulz-Königsberg prägt den Satz: Früher stand die Sozialdemokratie einig da gegen Staat und Wirtschaft, und wir haben, wenn wir den Inhalt des Topfes angriffen, nicht danach gefragt, ob wir den Topf mit zerschlagen. Heute müssen wir bei der Kritik im Auge behalten, daß die Republik unsere eigene Schöpfung ist. Ich halte es für radikaler, in eine Koalition mit Bürgerlichen zu gehen, als draußenzubleiben. Ran an den Feind, muß die Parole sein.

Löbe-Breslau, der frühere Reichstagspräsident, verbreitet sich über die

Notwendigkeiten der Koalition mit den Bürgerlichen.

Er sagt u. a.: Wir atmen doch jetzt förmlich auf, daß die französischen Sozialisten imstande sind, durch die Koalition mit Bürgerlichen der größeren Reaktion ein Paroli zu bieten. Die englische Partei hat einen nüchterneren Weg eingeschlagen. Sie hat von vornherein zugegeben, daß sie nicht die Macht erobert hat, um ihr ganzes Programm durchzuführen, und daß es deshalb darauf ankomme, mit dem Teil der Macht eine kleine Anzahl bestimmter Augenblicksfragen zu lösen. So sollten auch wir, wenn wir zu einer Koalition gezwungen sind, von vornherein den Genossen sagen: Täuscht Euch nicht, wir bringen Euch nicht Frieden, Freiheit und Brot, sondern wir können im Augenblick nur versuchen, Euch den Frieden zu bringen, um dann um die anderen Ziele den Kampf im eigenen Lande weiterzuführen. Mit allen Kräften müssen wir tätig sein, um auf der Grundlage des Sachverständigengutachtens jetzt eine Lösung zu suchen, die uns im Innern und nach außen einen Schritt vorwärts bringt. Die Debatte wird nunmehr geschlossen und Otto Wels spricht das Schlußwort im Sinne der Aufrechterhaltung der bisherigen Fraktionspolitik.

Änderung der Geschäftsaufsicht.

Beschlüsse des Reichsrats.

Der Reichsrat nahm den vom Reichstage beschlossenen Gesetzentwurf an, wonach die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrats zu Abänderungen der Verordnung über die Geschäftsaufsicht ermächtigt wird. Die Kriegsverordnung über die Geschäftsaufsicht ist in letzter Zeit stark mißbraucht worden. Die Anträge auf Geschäftsaufsicht haben sich in einzelnen Bezirken seit vorigem Jahr verzehnfacht. Nach der jetzt bestehenden Verordnung kann die Aufsicht verlangen, wer infolge des Krieges oder der Folgen des Krieges zahlungsunfähig geworden ist, wenn die Aussicht besteht, daß die Zahlungsunfähigkeit in absehbarer Zeit behoben wird. Nunmehr soll es heißen: „Wenn die begründete Aussicht besteht". Ferner wird das Geheimverfahren aufgehoben. Bisher war jede öffentliche Bekanntmachung ausgeschlossen. Diese soll nunmehr stets erfolgen. Ebenso soll die Beendigung der Geschäftsaufsicht bekannt gemacht werden. Die Anhörung der Handelskammern, Gewerbekammern soll statt wie bisher nicht nur möglich, sondern Zwang sein. Die Hauptänderung betrifft die Möglichkeit der Aufhebung bereits bestehender Geschäftsaufsichten. Die Geschäftsaufsicht ist fortan ohne weiteres aufzuheben, wenn in einer Gläubigerversammlung die Mehrzahl der Gläubiger, die zugleich die Mehrzahl der Forderungen, mehr als die Hälfte vertritt, die Aufhebung beschließt. Dann muß die Geschäftsaufsicht sofort aufgehoben werden, auch für jetzt schon bestehende Fälle. Außerdem soll die Aufsicht ohne weiteres ein Ende finden, wenn der Schuldner nicht bis zum Ablauf der Frist von einem Monat einen Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens einreicht. Das soll auch für bereits bestehende Geschäftsaufsichten gelten, nur daß hier die Frist von zwei Wochen vom Inkrafttreten der neuen Verordnung an gesetzt ist. Schließlich findet die Geschäftsaufsicht ohne weiteres ihr Ende, wenn drei Monate seit ihrer Anforderung verstrichen sind. Auch das findet auf bereits bestehende Geschäftsaufsichten Anwendung. Ferner werden Gebühren eingeführt, die bisher nicht erhoben wurden. Es soll darauf hingewirkt werden, daß etwa vorhandene Warenvorräte usw. sofort zur Veräußerung kommen.

Ob durch diese neuen Vorschriften dem eingerissenen Übel, daß die Geschäftsaufsicht hauptsächlich zur Benachteiligung der Gläubiger mißbraucht wurde, genügend abgeholfen wird, muß abgewartet werden.

Die Ermordung des Leutnants Graff.

§ Stettin, im Juni.

Am 16. Juni beginnt hier die Hauptverhandlung gegen drei ehemalige Angehörige der preußischen Schutzpolizei, die angeklagt sind, Ende März 1922 in Hamborn den belgischen Leutnant Graff getötet zu haben. Dem Prozeß kommt deshalb besondere Bedeutung zu, weil über die Urheberschaft des Mordes bisher noch völliges Dunkel besteht. Die deutschen und die belgischen Gerichte halten ganz verschiedene Persönlichkeiten für die Urheber des Mordes.

Das belgische Militärgericht in Aachen hat seinerzeit wegen dieses Mordes den Polizeileutnant Reinhardt und fünf weitere Angehörige der Schutzpolizei in Hamborn wegen Mordes zum Tode verurteilt. Dieses Urteil wurde später in lebenslängliches Zuchthaus umgewandelt, und die Verurteilten befinden sich zurzeit im belgischen Zuchthaus in Löwen. Im Gegensatz zu dem belgischen Urteil sind die deutschen Anklagebehörden der Ansicht, daß nicht die von dem belgischen Gericht verurteilten Personen die Täter sind; von deutscher Seite werden vielmehr die ehemaligen Angehörigen der Hamborner Schutzpolizei Kaws, Schwirrat und Engeler, die sich gegenwärtig in Untersuchungshaft befinden, für die Täter gehalten.

Lokales und Provinzielles.

Halver, den 15. Juni 1924.

☐ **Zur Wetterlage.** Mit dem Wetter, das uns der Wettergott zu Pfingsten bescherte, konnten wir im allgemeinen recht zufrieden sein. Beim Herannahen einer vom Atlantischen Ozean vordringenden Depression trat jedoch ein Umschwung der Wetterlage ein. In West-, Mittel- und Süddeutschland gingen Gewitter nieder; besonders schwer waren die Unwetterschäden im Westen. Für die nächsten Tage sind die allgemeinen Wetteraussichten für West-, Mittel- und Nordeutschland nicht sonderlich erfreulich. Beim Vorübergang des Tiefdruckkerns ist mit verbreiteten Niederschlägen und anschließender stärkerer Temperaturabnahme zu rechnen. Allerdings hat es den Anschein, als ob die bevorstehende Schlechtwetterzone schnell über Deutschland hinwegziehen wird.

☐ **Schmierereien in den Eisenbahnabteilen.** Gegen die Unsitte, die Wände in den Abteilen der Eisenbahnwagen und in den Aborten durch ungebührliche Anschriften, zu beschmieren, wird jetzt energisch vorgegangen. Die Eisenbahndienststellen sollen häufige Nachprüfungen vornehmen und für sofortige Beseitigung der Schmierereien sorgen. Auch vorbeugende Maßnahmen sollen ergriffen werden, wie Verwendung besonderer Putzarten, die das Bekritzeln erschweren. Den Eisenbahnbeamten werden für Ermittlung der Täter Belohnungen in Aussicht gestellt. Zur gründlichen Abhilfe bedarf es indes der Mitwirkung der Reisenden; nur mit ihrer Unterstützung wird es gelingen, dem Unfug zu steuern.

☐ **Falsche Rentenbankscheine.** In verschiedenen Gegenden Deutschlands sind in der letzten Zeit mehrere Sorten Nachbildungen von Rentenbankscheinen zu 50 Rentenmark aufgetaucht, die auf photographischem Wege hergestellt sind und die Vorder- und Rückseite der echten Scheine mehr oder weniger entstellt und ungenau wiedergeben. Namentlich in der Wiedergabe des Untergrundmusters und in der Farbentönung weichen sämtliche Falschstücke von den echten Scheinen ab. Das wichtigste Merkmal der falschen Scheine aber besteht in der abweichenden Papierbeschaffenheit. Während das Papier der echten Scheine in der ganzen Ausdehnung von einem natürlichen Wasserzeichen durchzogen ist, ist dieses bei den Falschstücken meist durch Druck oder Farbenauftragung auf dem helleren Rand der Scheine nachgebildet; außerdem sind die bei den echten Scheinen im Papier eingebetteten Fasern bei den Falschstücken nur durch Striche in roter, blauer und dunkler Farbe oder Tinte angedeutet. Hält man die Falschstücke gegen das Licht, so ist die Unechtheit des Wasserzeichens und der Fasernnachbildung leicht zu erkennen. Auch falsche Rentenbankscheine zu 10 und 5 Rentenmark werden hier und da in Umlauf gebracht, die ebenfalls an dem Fehlen der Papiermerkmale der echten Scheine, des natürlichen Wasserzeichens und der eingebetteten Fasern leicht als Nachbildungen zu erkennen sind.

+ **Kierspe, 13. Juni.** Am Mittwoch, den 18. d. M. findet nachm. um 3 Uhr die erste Sitzung der neuen Amtsversammlung statt. Auf der Tagesordnung stehen. 1. Einführung der Neugewählten nach Gültigerklärung der Wahl. 2. Neuwahl der Finanzkommission. 3. Neuwahl der Rechnungsprüfungskommission. 4 Beschäftigung eines Waldarbeiters für die Gemeindewaldungen von Kierspe und Rönsahl. 5. Besuch der Verwaltungsschule in Dortmund. 6. Abänderung des Haushaltsplanes. 7. Verschiedenes. Die neue Amtsvertretung setzt sich zusammen aus den Mitgliedern: Franz Vollmann-Volme, Aug. Vollmann-Kierspe, Kapitän a. D. Buchholz-Rönsahl, Gegenbuchführer Gogarten-Rönsahl, Ernst Lange-Loh, Carl Pelz-Wilbringhausen, Carl Dösseler-Kierspe-Bhf.

Großkaufmann Selstermann.

Roman von Wilhelm Herbert.

24) Nachdruck verboten.

Es würde ihm im Zusammenhang mit den lindernden Worten der feinfühligen Frauen nach und nach Gelegenheit geboten sein, sie an die Wahrheit heranzuführen und dieser die Härte tunlichst zu nehmen. Er durfte es ja nie und nimmer übersehen, was diese Wahrheit auf der anderen Seite für das Haus Selstermann bedeutete, für Gretchen insbesondere, die dadurch sicher allmählich überzeugt werden würde, daß sie selber zu schwarz gesehen, daß sie nicht bei ihrem Vater, sondern ganz anderswo die schweren Fehler suchen müsse, die nun durch den Tod des Kassierers gesühnt waren und schon darum allein in ihren Nachwirkungen leichter ausgeglichen werden konnten.

Doktor Weiß war darum sehr froh, daß Gretchen die Waise, deren Stimme man unten vernommen, heraufgeholt hatte. Frau Selstermann verfügte über die Gabe einer echt weiblichen warmherzigen Beredsamkeit, mit der sie an Trost zusammensuchte, was ihr teilnehmendes Herz ihr eingab. Allmählich lenkte sie das Gespräch auf die Lebensgewohnheiten der Müllerschen Familie, öffnete so dem durch ihren Schmerz und ihre Erregung scheu gewordenen Mädchen Herz und Mund und veranlaßte sie, diese und jene Züge aus dem Leben des Vaters zu erzählen und so das erste bittere, stumme Leid in lindernde, wehmütige Erinnerung aufzulösen.

Die alte Margaret war unhörbar mit den Teetassen gekommen, und man saß nun im engen, vertrauten Kreise bei dem anregenden aromatischen Getränk, von dem ein Schluck hin und wieder dem unglücklichen Mädchen, das den ganzen Tag noch nichts genossen, die vor Elend erschlafften Glieder angenehm durchwärmte.

„Sie bleiben heute bei uns!" sagte Frau Selstermann gütig zu ihr. „Gretchen wird sich eine Freude daraus machen, Ihnen in ihrem Zimmer ein Nachtquartier einzuräumen. Auf dem Divan richten wir Ihnen ein behagliches Lager zurecht und Sie verbringen die Nacht in der Nähe eines zweiten, Ihnen und Ihrem Leid von Herzen zugeneigten Menschen viel besser wie zu Hause in den leeren, heute noch zu sehr mit traurigen Erinnerungen getränkten Räumen."

„Nein! Nein!" erwiderte Lore mit einer gewissen Heftigkeit. „Nehmen Sie mir es gütigst nicht für Undank, wenn ich Ihr liebenswürdiges und von mir sicher nicht unterschätztes Anerbieten ablehne, aber ich würde es als einen Frevel, als eine Unkindlichkeit gegen meinen guten, armen Vater empfinden, wenn ich in der ersten Nacht, in der er nicht mehr bei mir ist, unsere Wohnung meiden würde, wo jeder Winkel seine Sorge um mich atmet. Es wäre ein Verrat an ihm — und wenn schon so viele andere ihn heute verraten haben, ich will es nicht tun."

„Darf ich," sagte Gretchen zögernd, „darf ich mitgehen und bei dir bleiben?"

„Ich danke dir," verneinte Lore und faßte die Hand der wiedergewonnenen Freundin mit festem Druck. „Aber ich möchte allein sein! Du wirst mich verstehen und mir es nicht verübeln, wenn ich dir das ganz offen sage."

„Ich verstehe dich," antwortete Gretchen schlicht. „Aber laß mich dich wenigstens begleiten! Du sollst unser Haus nicht einsam verlassen, sondern wissen, daß du hier immer aufrichtige und wahre Freunde hast, die in dieser schweren Zeit an deiner Seite gehen."

Die zwei Mädchen schritten still und eng nebeneinander in die Nacht hinein.

Dr. Weiß, der sich angeboten hatte, sie zu begleiten, blieb auf ihren Wunsch bei Frau Selstermann zurück.

„Es wird beiden wohl tun," sagte diese, „wenn sie in der kühlen Nachtluft draußen sich noch ein wenig ganz allein aussprechen können, und mir ist Ihre Gesellschaft, wenn Sie sich mir kurze Zeit noch widmen wollen, sehr erwünscht."

Dr. Weiß verneigte sich und sagte: „Ich stehe ganz zu Ihrer Verfügung."

„Es mag Ihnen seltsam vorkommen, wenn ich in dieser Stunde, die über das arme Mädchen so schweres Leid gebracht hat, von etwas anderem spreche," begann Frau Selstermann, „aber gerade das Unglück Lores führt mich zu dem Thema, das ich mit Ihnen erörtern möchte. Man denkt, wenn man das Kind anderer leiden sieht, nur zu gern an das eigene. Mein Mann hat mir gesagt, daß Sie um Gretchens Hand angehalten haben."

„Es ist so," entgegnete Dr. Weiß. „Es war vielleicht eine Uebereilung und überhaupt ein Unrecht an sich, daß ich nicht zuerst mit Gretchen und mit Ihnen darüber gesprochen. Aber es drängte mich, vor allem zu erfahren, ob das Haupt Ihrer Familie meiner Werbung Schwierigkeiten bereiten würde, ehe ich in Ihre stillen Frauengemächer Unruhe und Mißbehagen hätte tragen wollen!"

„Wie sind Sie denn dazu gekommen?" fragte Frau Selstermann, ohne seine letzten Worte zu beachten, aus dem Wissensdrang der Mutter, einen Blick in das Herz des eigenen Kindes zu tun, das nicht so offen vor ihr lag, wie sie es gewünscht hätte. „Wann sind Sie und Gretchen sich denn näher getreten?"

„Sie werden es sonderbar finden," antwortete der Rechtsanwalt, „wenn ich Ihnen gestehe, daß bis gestern zwischen Ihrer Tochter und mir überhaupt nie darüber gesprochen worden war, ob wir uns näher getreten und in welchem Maße. Erst gestern, als ich offen den Schritt besprach, den ich getan und die Antwort, die mir Ihr Herr Gemahl gegeben — Sie kennen ja wohl diese bereits — da hat mich Gretchen die frohe Ueberzeugung gewinnen lassen, daß sie mir gut ist. Sie hat das mit wenigen schlichten und klaren Worten gesagt, wie es so in ihrer Art liegt.

Vorher hatte ich bloß aus unserer Uebereinstimmung in den allermeisten Lebensfragen, aus dem Vertrauen, mit dem sie mir entgegenkam, aus der Wärme, in der sie mit mir verkehrte, die Hoffnung geschöpft, daß wir uns mehr sein könnten, als nur ein paar gute Freunde. Ausgesprochen hatten wir uns noch nie darüber — aber es war eine beglückende Gewißheit in mir, die mir Mut gab und der ich um so eher vertraute, als ich sonst kein Optimist bin und eine so harte Jugend durchgemacht habe, daß ich nie mehr zu hoffen wagte, als ich sicher annehmen durfte."

Frau Selstermann reichte ihm die Hand. „Ich danke Ihnen für diese offenen Worte!" sagte sie. „Sie beruhigen mich darüber, daß Gretchen noch nie mit mir über diese Herzensangelegenheit geredet hat

(Fortsetzung folgt.)

Sp. Eine deutsche **Fußballmannschaft von den Franzosen verhaftet.** Die erste Mannschaft des Sportvereins Stuttgart-Feuerbach war in Zweibrücken eingetroffen, um mit den Bewegungsspielern Zweibrückens ein Wettspiel auszukämpfen. Tags zuvor waren sie in St. Ingbert gegen eine saarländische Elf angetreten. Die Württemberger hatten sich aber nur mit Pässen für das Saargebiet versehen, so daß sie bei der Ankunft im Bahnhof Zweibrücken von der französischen Gendarmerie festgenommen wurden. Es war ein eigenartiger Anblick, als die Sportsleute mit den in Saarbrücken errungenen Lorbeerkränzen auf dem Rücken im Militärgefängnis eingeliefert wurden.

Aus dem Gerichtssaal.

§ **Dr. Arnold Ruge freigesprochen.** Der frühere Privatdozent Dr. Arnold Ruge, der wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik angeklagt war, wurde vor dem Heidelberger Schwurgericht freigesprochen. Die Anklage gegen Ruge lag bereits etliche Zeit zurück. Im Oktober 1921 erließ der Oberstaatsanwalt in Breslau einen Steckbrief gegen Ruge, der unter dem Namen „Geheimrat Berger" eine deutschvölkische Organisation leitete, die in verschiedenen Teilen des Reiches, zuletzt in Bayern und Schlesien, tätig war. Ruge wurde bald darauf verhaftet. von dem Amtsgericht Breslau aber wieder entlassen.

Gotha verurteilte den Direktor der Gewerbe- und Landwirtschaftsbank in Gotha wegen zu hoher Zinsberechnung im Kontokorrentverkehr mit zwei Kunden zu acht Monaten Gefängnis und 30 000 Goldmark Geldstrafe.

§ Zuchthausstrafe für Landesverrat. Vor dem Strafsenat des Oberlandesgerichts Stuttgart haben weitere Verhandlungen wegen Landesverrats und Spionage unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattgefunden. Verurteilt wurde der ledige 24 Jahre alte Buchdrucker Karl Schwarz wegen versuchter Ausspähung militärischer Geheimnisse zu der Zuchthausstrafe von drei Jahren sechs Monaten sowie zu sechs Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und der verheiratete 30 Jahre alte Schießmeister Kunzelmann wegen vollendeten Landesverrats und versuchter Ausspähung militärischer Geheimnisse zu der Zuchthausstrafe von drei Jahren und sechs Monaten sowie zu fünfjährigem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte.

Patentbericht

mitgeteilt vom Patent-Büro Konrad Köchling, Hagen i. W. Bürohaus Concordiastr., Fernsprecher 3436.

a. Patente. Karl Schlötermann, Lüdenscheid, Matrizenteller für Muttern-Gewindeschneidmaschinen.

b. Gebrauchsmuster. F. W. Busch, A.-G., Lüdenscheid, Spreizkrallenbefestigung für Drehschalter. Gebr. Jäger, Schalksmühle, Steckdose. Gebr. Jäger, Schalksmühle, Befestigung eines Gewinderinges am Deckel oder Mantel einer Glühlampenfassung. Gebr. Jäger, Schalksmühle, Glühlampenfassungsgehäuse. Friedrich Lambach, Lüdenscheid, In Gestalt eines menschlichen Körpers gekleidete Scherzfigur mit Stimme. Brauckmann & Pröbsting, Lüdenscheid, Isolierei erketten für Antennen. Friedrich Dörscheln, Lüdenscheid, Isolierkrampen. Ewald Seckelmann, Lüdenscheid, Scheibengardinenhalter mit verstellbarem Hacken. Max Kamper vorm. A.-G., August Grashoff, Lüdenscheid, Ovaler Taschenessenträger mit abnehmbarem Verschluß. Wilh. Kayser, Lüdenscheid, Glas aus Metallfuß mit auswechselbarer Glasschale. Peter Waller, Lüdenscheid, Antennenumschalter für Rundfunkapparate als Schutz gegen Blitzgefahr. Funcke und Brüninghaus, Lüdenscheid, Gemsbartschalter. Fa. Friedrich Turck Lüdenscheid, Befestigungsvorrichtung für eingelegte Bilder bei Zigarettenetuis mit umgelegtem Rand. Kremp & Hüttemeister, Lüdenscheid, Ständer für Preis-, Reklame-, Menükarten u. dgl.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Extra billige Angebote!

Mehrere **1000 Reste** von **Waschstoffen** für die **Hälfte** des Verkaufspreises.

Für alle übrigen Artikel sind die schon bekannt billigen Preise der Zeit entsprechend gestellt.

Beginn des Reste-Verkaufs Montag früh!

Beachten Sie bitte meine Schaufenster!

Hermann **Kornblum**

Hagen i. W., Frankfurterstrasse 90—109.

Geschäfts-Verlegung.

Meiner werten Kundschaft von Halver und Umgegend, mache ich bekannt, daß ich mein

Konfektionsgeschäft

von Obern-Herweg nach

Halver

Kölnerstraße Nr. 2

verlegt habe, und bitte um geneigten Zuspruch.

Paul Schulte,

Damen-, Herren- u. Kinderkonfektion

Halver i. Westf.

Nach langjähriger Tätigkeit an Universitätskinderkliniken und Krankenanstalten habe ich mich in **Lüdenscheid, Sehillerstr. 8** als

Facharzt für Säuglings- und Kinderkrankheiten

niedergelassen.

Sprechstunden werktags 9—11 3—5 Uhr.

Telephon 986.

Dr. med. P. Hoffmann,

Spezialarzt für Kinderkrankheiten.

Wilhelm Stallmann

HAGEN i. WESTF.

Rathaus-Passage Körnerstr. 5a

Ständige Ausstellung

von

300 Zimmer-Einrichtungen

in allen Preislagen

Vornehme Sitz- und Klubmöbel

in unerreichter Auswahl 1097

933



Möbel-

transporte in 1 Tage

bis 200 Kilometer Entfernung, mittelst neuzeitlicher **Auto-Möbelwagen-Lastzüge mit Anhängern u. Personenkabinen**

C. Biederbicks

Möbelspedition

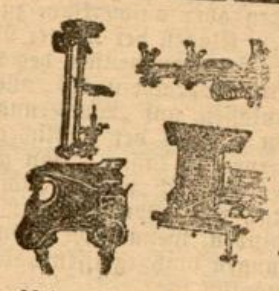
Hagen, Dahlenkampstraße 4 (Büro)

Fernsprecher 3954 und 4528.

Betrieb Hochstraße 108.

Spedition — Wohnungstausch Lagerung. 1081

Täglicher Verkehr mit dem besetzten Gebiet.



Maschinen-Werkzeug, Transmissionen, Hebezeuge.

Alfred Natorp

Inh. Ad. Klinke

Haspe.

Telefon 850 u. 351 Amt Hagen.

Uebernahme freiwerdender Maschinen.

Für Landwirte!

Eine Ladung

Drillmaschinen und Düngestreuer

eingetroffen. Konkurrenzlose Preise.

Otto Haase & Co., Kierspe

— Telefon 181, Amt Meinerzhagen —

Rosenthal Patent-Pianos Schmitt

Erstklassiges Fabrikat von hervorragenden Künstlern auf das Beste begutachtet, in hochfeiner Ausführung. Günstige Bedingungen. RATENZAHLUNGEN GESTATTET

CARL SCHMITT-HAGEN HOFPIANOFABRIK

Kappel

die beste aller

Schreibmaschinen

stets am Lager.

Alleinvertrieb:

C. L. Henrichs, Hagen i. Westf.

Wehringhauserstr. 41 ∴ Fernruf 2841

Empfehle meiner werten Kundschaft mein reichhaltiges Lager in:

allerbesten Weizenmehlen

in Säcken und 5 Pfd.-Beutel,

Futtermehl, Futterhafer, Gerste, Mais, Weizen, Roggen- und Weizenkleie, besten deutschen Kristallzucker, Industrie-Kartoffel.

Torfstreu

mit Balleninhalt von 2½ losen Raummetern.

—— Soeben eingetroffen: ——

Roggenstroh-Häcksel in Ia. Qualität.

—— Unterwegs befindlich: ——

Beste Syndikats Fettnußkohlen.

Auf

naturreines gestampftes Knochenmehl

nehme ich Bestellungen entgegen.

Meine jahrzehntelangen erstklassigen Geschäftsverbindungen in der Branche ermöglichen mir

preiswertestes Angebot!

Zuvorkommende, prompte und reellste Bedienung sichere ich Ihnen zu.

Alb. Herdepe, Halver

— Telefon Nr. 40. —

Der **Näh- und Zuschneide-Kursus** bei **Herrn Gastwirt Heckmann** in **Halver** beginnt am **19. Juni nachmittags v. 2—5 Uhr abends von 7—10 Uhr**

Frau Weß,

staatl. gepr. Schneiderin.

Anmeldungen werden von heute an im obigen Lokal entgegengenommen.

Porzellan-Nefteier

empfiehlt

Wilh. Bell jr.,

Halver.

Habe Dienstag, d. 17. eine schöne Auswahl



Kühe

zum Verkauf stehen.

W. Schoppmann,

Linge.

Bürsten-Waren

Kleiderbürsten
Hutbürsten
Reisebürsten
Haarbürsten
Nagelbürsten
Wichsbürsten
Waschbürsten
Abseifbürsten
Handfeger
Haarbesen

empfiehlt

Wilh. Bell jr.

Halver.